Kleine Anfrage

der Abgeordneten Kroll, Becker (Pirmasens) und Genossen

betr. Gesetzliche Regelung der Entschädigung für innerdeutsche Reparationsverluste

Die Bundesregierung ist entsprechend dem in § 3 Abs. 1 Nr. 2 des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes vom 5. November 1957 (BGBl. I S. 1747) statuierten Vorbehalt verpflichtet, ein Entschädigungsgesetz für Reparationsverluste alsbald vorzulegen.

Wir fragen die Bundesregierung,

- ob sie die in den letzten Monaten verschiedentlich öffentlich verbreitete Ansicht des Bundesfinanzministeriums teilt, wonach das Hauptproblem der Entschädigungsregelung die finanzielle Seite bildet,
- 2. ob es zutrifft, daß sich das Bundesfinanzministerium zur genauen Abwägung der Problemlage bei 50 reparationsgeschädigten Betrieben einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung verschafft hat. Gegebenenfalls wird um Angabe der überprüften Betriebe und der Gesichtspunkte, die bei der Auswahl eine entsprechende Rolle gespielt haben, und einer Vorlage des Ergebnisses gebeten.

Bonn, den 20. März 1959

Kroll Becker (Pirmasens) Graf Adelmann Frau Ackermann Bausch Frau Dr. Bleyler Bühler Frau Engländer Franzen Dr. Fritz (Ludwigshafen) **Furler** Frau Dr. Gantenberg Gaßmann Gedat **Gontrum** Hilbert Dr. Kopf Leonhard Lulay Dr. Reith Spies (Brücken) Frau Schmitt (Fulda) Schüttler